

Stellungnahmen von Mannheimer Parteien und Institutionen zum Thema Neubaustrecke, Lärmschutz und Güterzugumfahrung

Stand 22.4.15

Hervorhebungen in blau durch den Autor

In Vorbereitung auf die Tagung des regionalen Planungsausschusses am 8.5.15 formulierten einige Akteure ihre Positionen.

1. OB Kurz

(Auszug aus dem Protokoll eines Treffens mit der Bürgerinitiative GESBIM)

"Es herrschte Konsens über die Ziele, den Planungsprozess wie folgt **konkret und verbindlich** zu ergänzen: Ein Bestandteil "Umfahrung für Güterzüge und die Lärmschutzinteressen Mannheims" ist ebenso **einzufordern** und zu berücksichtigen wie dies in der restlichen Region im Planungsbereich der Neubaustrecke bereits geschieht. Die Funktionalität des ICE-Knotens Mannheim soll weiterhin priorisiert bleiben."

2. CDU-Fraktion

(Fraktionsvorsitzender Südmersen)

"Laut dem Abschlussbericht der Eisenbahnkorridorstudie Rhein-Main/Rhein-Neckar kann es aufgrund von Steigerungen im Güterverkehr sowie der Bündelung auf die Riedbahntrasse zwischen 22 Uhr und 6 Uhr zu 160 zusätzlichen Güterzügen mitten durch Mannheimer Stadtteile kommen. Dies führt zu unerträglichen Lärm für die Wohnbevölkerung. Die Deutsche Bahn ist aufgefordert **Umfahrungsmöglichkeiten für den Güterverkehr zu prüfen** und alle technisch machbaren Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen."

3. FDP

(Pressemeldung)

FDP: ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim wertet den Wirtschafts- und Logistikstandort Mannheim weiter auf.

Optimaler Lärmschutz muss durch eine Güterverkehrsumfahrung gewährleistet werden.

Endlich liegt die Korridorstudie der Bahn vor, so dass die Planungen für die neue ICE-Trasse Frankfurt-Mannheim jetzt konkretisiert werden können. Die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim muss als »vordringlicher Bedarf plus« in den Bundesverkehrswegplan 2015 aufgenommen werden, denn eine zügige Umsetzung ist aus Sicht der FDP notwendig, um die wichtige Schienen-Infrastruktur für künftige Verkehrsaufkommen rechtzeitig bereitzustellen – zum Vorteil der Menschen und der Wirtschaftskraft der Region. Optimaler Lärmschutz muss jedoch gewährleistet werden. Wir begrüßen ausdrücklich die Einsicht unseres Oberbürgermeisters, dass die erwarteten stark zunehmenden Güterverkehre nicht auf den heutigen Bahntrassen quer durch die Stadt fahren können. Die Lärmbelastung würde um ein Vielfaches unzumutbar steigen für die Menschen von Waldhof über Käfertal, Feudenheim, Neuostheim, Neuhermsheim und Rheinau. **Ein wirksamer Lärmschutz ist auf dieser Strecke nicht möglich.** Die FDP fordert, alle denkbaren Varianten einer **Güterverkehrsumfahrung**

vorbehaltlos zu prüfen. Was konkret in der Verwaltung bereits angedacht wurde oder wird, erwarten wir als Antwort auf unsere aktuelle Anfrage zu erfahren. „Eine alternative Streckenführung für den Güterverkehr östlich um Mannheim herum kann eine sinnvolle Variante sein, wenn für optimalen Lärmschutz durch Tunnel- oder Troglösungen - wo immer nötig - gesorgt wird. Nur so lässt sich Akzeptanz für dieses bedeutende Infrastrukturprojekt herstellen“, so Stadträtin Birgit Reinemund. „Gegebenenfalls muss das Land Baden-Württemberg erforderliche Mehrkosten genauso übernehmen, wie dies für die Rheintalbahn Karlsruhe-Basel mit Unterstützung aller Fraktionen gerade beschlossen wurde.“ „Die Region Offenburg hat gezeigt, dass es durchaus möglich ist, kostenintensivere Trassenführungen durchzusetzen, wenn die Region an einem Strang zieht und sich nicht auseinander dividieren lässt. Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger sollte es dem Land, der Stadt und vor allem der Bahn wert sein,“ bekräftigt Stadtrat Volker Beisel.

ML

(Wahlprogramm von OB-Kandidat Probst)

"Nicht noch mehr Güterzüge durch Mannheim

Bei der Standortsicherung Mannheims als Zentrum der Metropolregion werde ich mich dafür einsetzen, dass die ICE-Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs garantiert werden wird. Der Ausbau des Güterschienenverkehrs von Rotterdam nach Genua darf dabei nicht auf Kosten der Gesundheit und Wohnqualität in Mannheim führen. Die zu erwartende Zunahme des nächtlichen Güterverkehrs muss im Einklang mit Natur- und Landschaftsschutzgebieten und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen entwickelt werden."

SPD-Fraktion

(Mitteilung der Geschäftsstelle an GESBIM)

[Für die] SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim [steht] gemeinsam mit der Region die ICE-Vollanbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs als oberstes Ziel im Mittelpunkt unserer politischen Bemühungen. Dabei werden wir uns insbesondere dafür einsetzen, bestmögliche Lärmschutzmaßnahmen für alle Streckenabschnitte einzufordern. Die von Herrn Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz auch Ihnen gegenüber geäußerte Überlegung hinsichtlich einer zu prüfenden Güterzugumfahrung unterstützen wir selbstverständlich.

Umweltforum Mannheim

(Pressenotiz)

Umweltforum fordert maximalen Lärmschutz in Mannheim

Die vorgestellte Korridorstudie zur Bahn-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim bedarf aus Sicht des Umweltforums wichtiger Ergänzungen. Dazu gehört insbesondere die Prüfung von Umfahrungs-Alternativen für Güterzüge um Mannheim, damit die Menschen in Mannheim so wenig wie möglich durch Güterzuglärm beeinträchtigt werden. Ebenso muss eine Beeinträchtigung des Käfertaler Waldes so gering wie möglich ausfallen. Die Bedeutung Mannheims als Logistik-Standort und –Umschlagplatz im Schnittpunkt von drei europäischen Güterverkehrskorridoren steht dabei im Einklang mit unserer Forderung nach der Verlagerung von Gütern auf die Schiene. Die Neubaustrecke stärkt den Mannheimer

Hauptbahnhof als Fernverkehrsknoten, damit einhergehen muss der Ausbau der S-Bahn (2. Stufe Infrastruktur) und des Regionalverkehrs.

Alle diese Maßnahmen bieten Potenziale zur Verringerung der klimaschädlichen Luft- und Kfz-Verkehre.

Das Projekt Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim muss als »vordringlicher Bedarf plus« in den Bundesverkehrswegplan 2015 aufgenommen werden – gegebenenfalls muss das [Land Baden-Württemberg durch den Lärmschutz erforderliche Mehrkosten genauso übernehmen, wie dies für die Rheintalbahn Karlsruhe-Basel fraktionsübergreifend \(!\) vom Landtag Baden-Württemberg am 13.04.2015 beschlossen wurde.](#) Wir halten eine Stellungnahme des Gemeinderates des Stadt Mannheim unter vorheriger Einbeziehung von Bürgern, Verbänden und Bezirksbeiräten zu den Ergebnissen der Korridorstudie für erforderlich. Dies bedeutet aus unserer Sicht, dass der Planungsausschuss des Verbandes Region-Rhein-Neckar eine abschließende Stellungnahme erst nach dem Ende dieses Meinungsbildungsprozesses abgeben sollte.